

## 790281-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Neubau Feuerwehr-Gerätehaus Aitern TWP  
OJ S 249/2024 23/12/2024  
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Aitern

E-Mail: [gemeinde.aitern@t-online.de](mailto:gemeinde.aitern@t-online.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Neubau Feuerwehr-Gerätehaus Aitern TWP

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Tragwerksplanungsleistungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Aitern, Landkreis Lörrach.

Kennung des Verfahrens: 8eb498c3-7910-4440-8195-e25bde703dc9

Verfahrensart: Offenes Verfahren

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Aitern

Postleitzahl: 79677

Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)

Land: Deutschland

##### 2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 32 800,00 EUR

##### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Abgabe kann ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal erfolgen. Hierzu ist eine kostenfreie Registrierung auf dem Vergabeportal erforderlich bzw. eine Anmeldung mit der bereits vorhandenen Kennung. Eine Abgabe in Papierform, per E-Mail oder Fax ist nach den Vergabebestimmungen nicht zulässig. Mit dem Teilnahmeantrag sind die Unterlagen zum Nachweis der Eignung einzureichen bzw. entsprechende Angaben zu machen. Wertungsrelevante Nachweise und Angaben sind zwingend mit dem Teilnahmeantrag einzureichen und können nicht nachgereicht werden. Weitere Unterlagen über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind

nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Die Unterzeichnung des Antrags kann entweder mit qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur oder in Textform nach § 126b BGB erfolgen, dies gilt als Unterschrift für alle Anlagen, soweit nicht anders gefordert. Für die Unterschrift in Textform ist nur der Name des Bewerbenden, der das Angebot bzw. den Teilnahmeantrag einreicht, an der dafür vorgesehenen Stelle in den Unterlagen anzugeben. Eine elektronische Signatur ist grundsätzlich nicht erforderlich. Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber vor Abgabe der Bewerbung darauf hinzuweisen. Fragen sind in Textform bis spätestens 14.01.2025, 12:00 Uhr über das Vergabeportal unter "Bieterkommunikation" an die Vergabestelle einzureichen. Die Fragen werden in Abhängigkeit von der technischen und/oder (vergabe) rechtliche Komplexität baldmöglichst beantwortet. Die entsprechenden Antworten werden im Bereich „Vergabeunterlagen“ anonymisiert eingestellt und sind für alle Bewerber einsehbar. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Informationen bei der Erstellung Ihres Angebots berücksichtigt werden. Auskünfte und Informationen werden nur im Falle einer vorherigen Registrierung an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im System hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. eine Vertretungsberechtigung einzurichten. Vom Teilnehmer ist sicherzustellen, dass bei einer Registrierung eine gültige E-Mail-Adresse hinterlegt ist. Weitere Informationen zur Bedienung des Systems finden sich im Vergabeportal im Bereich „Bedienungsanleitungen“. Bei Fragen zur Bedienung des Systems können Sie sich gerne an die technische Hotline von subreport wenden: 0221 985 78-0. Es wird darauf hingewiesen, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch beim Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

#### **Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

#### **2.1.6. Ausschlussgründe**

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Gemäß § 122 Abs. 1 GWB dürfen öffentliche Aufträge nur an geeignete Unternehmen vergeben werden, die nicht aufgrund der in § 123 und § 124 GWB beschriebenen Gründe ausgeschlossen wurden. Zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB liegen beispielsweise vor, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wurde (z.B. wegen Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen, Geldwäsche, Betrug, Bestechlichkeit, Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen, usw.). Fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB liegen vor, wenn beispielsweise bei der Ausübung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde, ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet wurde, nachweislich eine schwere Verfehlung begangen wurde (z.B. Unterschlagung, Erpressung), Wettbewerbsbeschränkende Absprachen mit anderen Unternehmen getroffen wurden, usw. Von einem Ausschluss kann abgesehen werden, wenn ein Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung gemäß § 125 GWB vorliegt. Dafür muss das Unternehmen aktiv und umfassend an der Sachverhaltsaufklärung mitwirken, eine Schadenswiedergutmachung betreiben und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass vergleichbare Rechtsverstöße in Zukunft vermieden werden.

## 5. Los

### 5.1. Los: LOT-0001

Titel: Tragwerksplanungsleistungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Aitern  
Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Tragwerksplanungsleistungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Aitern, Landkreis Lörrach. Baubeschreibung  
Feuerwehrgerätehaus Aitern Anforderung: Zeitgemäßes neues Feuerwehrgerätehaus für ehrenamtliche Einsatzkräfte, das Funktionalität, Ästhetik und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Standort: Das Grundstück liegt an der Bergstraße in Aitern und ist direkt an die L 142 angebunden. Raumbedarf: Unter Beachtung der DIN 14092-1 werden Räumlichkeiten für 32 männliche und 6 weibliche Einsatzkräfte sowie zwei Einsatzfahrzeuge geschaffen. Das Feuerwehrgerätehaus ist ein klar strukturierter Baukörper, der sich nach dem Funktionskreislauf des Feuerwehreinsatzes richtet und die Anforderungen der DIN 14092-1 berücksichtigt. Durch den Flur gelangt man im Erdgeschoß zu den Umkleideräumen, jeweils mit Dusche und WC, und den Einsatzfahrzeugen. Im Obergeschoß befinden sich die Schulungs- und Jugendräume mit kleiner Küche, ein Trockenraum, ein Abstellraum, ein Technikraum sowie ein WC. Der Raumbedarf ist den beiliegenden Plänen zu entnehmen. Bauweise: Holzbau Dachneigung 25 ° Weitergehende Informationen und Unterlagen sind den Bewerbungsunterlagen beigelegt. Es ist beabsichtigt, für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Fördermittel zu beantragen. Durchgeführt wird ein offenes Verfahren gemäß § 119 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), §§ 14, 15 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV). Auf Grundlage einer Grobkostenschätzung wird von folgenden Kosten (netto) ausgegangen: KG 200 110.000 € netto KG 300 543.436 € netto KG 400 262.849 € netto KG 500 75.000 € netto KG 600 30.000 € netto Termine – vorläufig: Beauftragung im März 2025, Beginn Planung im April 2025, Baubeginn bis spätestens Nov 2025, Fertigstellung Dez 2026, Die weitere Terminierung erfolgt in Abstimmung mit dem Büro, das für die Tragwerksplanung ausgewählt wird. Interne Kennung: E88996492

#### 5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

#### Optionen:

Beschreibung der Optionen: Gegenstand des Vergabeverfahrens sind Tragwerksplanungsleistungen in den Leistungsphasen 1 bis 6 gem. § 51 HOAI, sowie die Nachweise der Erdbebensicherung und die Objektüberwachung. Die Beauftragung soll mit Abschluss des Vertrages wie folgt sukzessive optional erfolgen: LPH 1 bis 3, Leistungsphase 4 bis 6 sowie die Nachweise der Erdbebensicherung und die Objektüberwachung. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht.

#### 5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)

Land: Deutschland

#### 5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2026

### 5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 32 800,00 EUR

### 5.1.6. Allgemeine Informationen

#### Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Es gelten folgende Zuschlagskriterien: Zuschlagskriterium 1:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 50 % (50 Punkte) Referenzobjekt 1: 50%: • Es

handelt sich um einen Neubau eines Nichtwohngebäudes, bei dem in LPH 3 ein normaler

Erdbebennachweis für die Erdbebenzone 2 erbracht wurde. • Referenzprojekt mind. in HZ III

gem. § 52 HOAI eingeordnet • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes ist zum Zeitpunkt

der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück. • Es wurden

mind. die Leistungsphasen 2 – 6 und 8 (ingenieurtechnische Kontrolle) selbst erbracht. •

Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 - 400) mind. 0,8 Mio. € netto 1

vergleichbares Objekt: 50 Punkte Zuschlagskriterium 2: Honorar: 50% (50 Punkte) Plausibilität

/ Höhe des Honorarangebots in Relation zum günstigsten Honorarangebot Bewertung: Die

Bewertung des Zuschlagskriteriums erfolgt nach folgender Berechnungsformel: Die Bewertung

des günstigsten Honorarangebotes erfolgt mit 50 Punkten. Die Bewertung der weiteren

Honorarangebote erfolgt linear in Relation zum günstigsten Honorarangebot: (günstigstes

Honorarangebot / weiteres Honorarangebot) x 50 Punkte. Zwischenwerte werden auf zwei

Dezimalstellen interpoliert.

### 5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

### 5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Zugelassene Unternehmensformen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Verfahren zugelassen sind Einzelunternehmen, GbR, GmbH, Bürgergesellschaft oder andere mit Angabe der Nr. der Eintragung in einem öffentlichen Register und Registergericht oder Genehmigungsbehörde falls zutreffend.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nachweis des besonderen Berufsstandes gem. § 75 (1) und (3) VgV

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Nachweis des besonderen Berufsstandes, § 75 (1) und (3) VgV:

Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen an die Planungsleistung erfüllen. Es gelten folgende fachliche Anforderungen

für die Planungsleistungen: Als Qualifikation wird die Nennung von mindestens einer nachweisberechtigten Person des Unternehmens im Bereich Standsicherheit gefordert

(Eintragung in die von der Ingenieurkammer Baden-Württemberg geführte Liste

nachweisberechtigter Personen im Bereich der Standsicherheit oder entsprechende Listen

anderer Bundesländer). Die Qualifikation kann vom Projektteam erfüllt werden oder einer

anderen Person des Unternehmens. Juristische Personen sind nur zugelassen, wenn zu

ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die zuvor genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt. Nachweis bei Bewerbern mit Sitz in einem EU-Staat durch Vorlage des nach dem Recht des Herkunftsstaates des Bewerbers maßgeblichen Dokuments gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates. Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Erforderliche Angaben und Nachweise

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der öffentliche Teilnahmewettbewerb dient der Auswahl interessierter und geeigneter Bewerber. Der Nachweis der Eignung des Unternehmens bzw. der Bergewerkgemeinschaft wird anhand der nachfolgend geforderten Erläuterungen und Nachweise geprüft. 1. Angaben zum Bewerber (Name und Rechtsform des Unternehmens, Vertretung, Kontaktdaten). 2. Erklärung zur Zusammensetzung bei einer Bewerber-/Bietergemeinschaft (§ 43 VgV). 3. Erklärung zu vorgesehenen Nachunternehmerleistungen, sofern im Auftragsfall Teile des Auftrags als Unterauftrag an Nachunternehmer vergeben werden sollen (§ 36 VgV). 4. Eigenerklärung zu einer beabsichtigten Eignungsleihe, sofern zum Nachweis der Eignung die Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch genommen wird (§ 47 VgV). 5. Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, insbesondere durch wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen und keine Interessen bestehen, die im Widerspruch zur Ausführung des Auftrags stehen oder diese nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV). 6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB. 7. Eigenerklärung, dass die Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) erfüllt werden. 8. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot). 9. Nachweis, dass das Unternehmen über den gesamten Leistungszeitraum über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 0,5 Mio. Euro für Sachschäden verfügen. Die Schadensersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr betragen (§ 45 Abs.1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV). 10. Nachweis besondere Berufsqualifikation gemäß § 75 VgV. 11. Angaben zum vorgesehenen Projektteam gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV (Name und Qualifikation der Projektleitung, Stellvertretende Projektleitung, Ingenieurtechnische Kontrolle). 12. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzprojekt

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als geeignet werden Bewerber eingestuft, die ein Referenzprojekt gemäß den Mindestanforderungen erbracht haben. Vorgaben zu Mindestforderungen: - Es handelt sich um den Neubau eines Nichtwohngebäudes. - Referenzprojekt mind. in HZ III gem. § 52 HOAI eingeordnet - Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück. - Es wurden mind. vier aufeinanderfolgende Leistungsphasen vollständig selbst erbracht. - Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 + 400) mind. 0,6 Mio. € netto

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Beschäftigtenzahl

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als prinzipiell geeignet werden Büros /  
Bewerbergemeinschaften eingestuft, deren durchschnittliche Anzahl der fachbezogenen  
Mitarbeitenden (inkl. Unternehmensleitung) im Bereich Tragwerksplanung in den Jahren 2021,  
2022, 2023 und zum Zeitpunkt der Bekanntmachung mindestens 2 betragen hat.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

#### **5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Qualität

Bezeichnung: Referenzprojekt: Gewichtung 50% (50 Punkte)

Beschreibung: Zu erfüllen sind folgende Mindestkriterien: • Es handelt sich um einen Neubau  
eines Nichtwohngebäudes, bei dem in LPH 3 ein normaler Erdbebennachweis für die  
Erdbebenzone 2 erbracht wurde. • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 6 sowie die  
ingenieurtechnische Kontrolle in LPH 8 vollständig selbst erbracht • Vergleichbare  
Größenordnung (Kostengruppen 300 + 400) mind. 0,8 Mio. € netto 1 vergleichbares Projekt:  
50 Punkte Bewertung: Es kann nur ein passendes Referenzobjekt angegeben werden. Ein  
passendes Referenzobjekt wird mit 50 Punkten bewertet. Weitere Informationen zu den  
Zuschlagskriterien unter 5.1.6

**Kriterium:**

Bezeichnung: Honorar: Gewichtung 50% (50 Punkte)

Beschreibung: Plausibilität / Höhe des Honorarangebots in Relation zum günstigsten  
Honorarangebot. Die Bewertung des Zuschlagskriteriums erfolgt nach folgender  
Berechnungsformel: Die Bewertung des günstigsten Honorarangebotes erfolgt mit 50  
Punkten. Die Bewertung der weiteren Honorarangebote erfolgt linear in Relation zum  
günstigsten Honorarangebot: (günstigstes Honorarangebot / weiteres Honorarangebot) x 50  
Punkte. Zwischenwerte werden auf zwei Dezimalstellen interpoliert.

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E88996492>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E88996492>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 28/01/2025 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit,  
Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf  
nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Teilnahmeantrag und Preisblattformular werden nicht nachgefordert.

**Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:**

Eröffnungstermin: 28/01/2025 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen -GWB- unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 - 184 GWB wird verwiesen.

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

---

## 8. Organisationen

**8.1. ORG-0001**

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Aitern

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00004459

Postanschrift: Schulweg 6

Stadt: Aitern

Postleitzahl: 79677

Land, Gliederung (NUTS): Lörrach (DE139)

Land: Deutschland

E-Mail: [gemeinde.aitern@t-online.de](mailto:gemeinde.aitern@t-online.de)

Telefon: +49 7673 350

Internetadresse: <https://www.aitern.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

**8.1. ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@rpk-bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk-bwl.de)

Telefon: +49 721 926-8730

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 70285895-f3ec-4483-b44f-16f3c03ad806 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/12/2024 11:19:35 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 790281-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 249/2024

Datum der Veröffentlichung: 23/12/2024